



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

94 | 24.11.2023

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Diskussion um das Mobilitätskonzept für die Innenstadt hält an. Vor zehn Tagen hat unsere Fraktion hierzu einen Beschluss gefasst, der derzeit mit unserem Koalitionspartner, den Grünen, beraten wird.

Darüber geraten weitere wichtige Themen nicht in Vergessenheit: so das zentrale Thema von chancengerechter Bildung, zu dem wir vor einer Woche einen gut besuchten Kongress veranstaltet haben.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Eine „Innenstadt für alle!“: Interview zum Mobilitätskonzept

Seit mehreren Wochen wird intensiv über das [Mobilitätskonzept](#) für die Innenstadt diskutiert, das als eines von zehn Leitprojekten aus dem allgemeinen [Innenstadtkonzept](#) hervorgegangen ist, das vor einem Jahr verabschiedet wurde. Unsere Fraktion hat zum Mobilitätskonzept vor zehn Tagen einen [Beschluss](#) gefasst, das die Grundlage für die weiteren Beratungen bildet. Zu der Gesamthematik haben wir ein Interview mit unserem Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich geführt.

Eine Stadt für alle.



Die SPD-Ratsfraktion hat in der vergangenen Woche beschlossen, dass das Mobilitätskonzept Innenstadt grundlegend überarbeitet werden soll. Warum?

Im Kern sehen wir aus zweierlei Gründen grundlegenden Änderungsbedarf: Zum einen gehen uns einige konkrete Forderungen zu weit, wie die Streichung sämtlicher Parkplätze im öffentlichen Raum, oder sind nicht konsistent, wie die Sperrung von Straßen ohne weitere Maßnahmen zur Aufwertung; zum anderen ist der Beteiligungsprozess entweder zu allgemein (mit einer einzigen Repräsentativerhebung) oder zu hochschwierig durchgeführt worden, sodass am Mobilitätskonzept das Gros der notwendigen Akteur*innen nicht ausreichend beteiligt wurden.

Was wollt ihr mit eurem Beschluss erreichen?

Getreu unserem Motto „Eine Stadt für alle“ wollen wir auch eine „Innenstadt für alle“ erreichen. Ein zentraler Punkt ist, dass die Erreichbarkeit von Arztpraxen und sozialen Einrichtungen in der Innenstadt gewährleistet bleiben und die Parkplätze im Umfeld dieser Einrichtungen erhalten werden sollen. Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr stärken, weshalb das Mobilitätskonzept auch mit der Region als Trägerin des ÖPNV und der üstra abgestimmt werden soll. In den Bereichen der Innenstadt, in denen vor allem Wohnungen sind, sollen Parkflächen für die Bewohner*innen erhalten bleiben. Mit diesen und weiteren Forderungen stellen wir sicher, dass die Innenstadt für alle Menschen erreichbar bleiben wird.

Der Oberbürgermeister hat in einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung erklärt, dass die Stadtverwaltung nur den im September 2022 beschlossenen Ratsauftrag umsetzen würde. Hat sich die Meinung der SPD zum Innenstadtkonzept geändert?

Der Ratsauftrag, auf den sich der Oberbürgermeister bezieht, ist der Beschluss zur Erarbeitung des Innenstadtkonzepts, von dem das Mobilitätskonzept das vierte von zehn Leitprojekten ist. Dieser Beschluss war relativ allgemein gefasst und sollte in den Leitprojekten konkretisiert werden. Nach unserer Auffassung weicht das vorgelegte Mobilitätskonzept sogar in einigen Punkten deutlich von dem Beschluss aus dem vergangenen Jahr ab. Zum Beispiel wird in der Anlage des Konzepts der Radverkehr über dem ÖPNV priorisiert, obwohl der ÖPNV im Beschluss als „zuverlässige Säule der Erreichbarkeit“ bezeichnet wurde. Da der Radverkehr keine inklusive Mobilitätsform ist und schon heute der größte Teil der Menschen die Innenstadt mit dem ÖPNV erreicht, lehnen wir diese Umkehrung ab.

Wie geht es jetzt weiter?

Wir sind davon überzeugt konstruktive Vorschläge für ein mehrheitsfähiges Mobilitätskonzept Innenstadt vorgelegt zu haben und werden versuchen, damit in den Ratsgremien zu überzeugen.

Bildungskongress „#Zukunftsplan Bildung“

Eine Schulentwicklungsplanung auf der Basis von Sozialdaten, die letztlich auf ein zweisäuliges Modell mit Gesamtschulen und Gymnasien zielen soll, sowie mehr finanzielle und personelle Ressourcen für die Schulen gehören zu den zentralen Forderungen, welche die etwa hundert Teilnehmenden unseres Bildungskongresses am vergangenen Sonnabend gemeinsam erarbeitet haben. Die Forderungen wurden in sieben Workshops erarbeitet und in einer Podiumsdiskussion zusammengeführt.



Melanie Walter, unsere bildungspolitische Sprecherin Claudia Bax, unser Stadtverbandsvorsitzender Adis Ahmetovic MdB und unser Fraktionsvorsitzender bei der Eröffnung des Bildungskongresses (l.). Unsere künftige Schuldezernentin Eva Bender, Claudia Bax, Moderatorin Katja Irle und Professor Till Sebastian Idel bei der abschließenden Podiumsdiskussion zum „#Zukunftsplan Bildung“.

Ausgangspunkte der Diskussionen bildeten zwei Vorträge, wobei zunächst Till Sebastian Idel von der Universität Oldenburg über eine „Chancengerechte Weiterentwicklung der Schullandschaft“ referierte. Durch die Verbindung von Primarbereich (Grundschule) und weiterführender Schulform (Sekundarbereich) ließen sich Benachteiligungen aus sozialer und familiärer Herkunft überwinden, so Idel. Dies habe ein Schulversuch in Nordrhein-Westfalen eindrücklich belegt, bei dem an mehreren sogenannten Primus-Schulen ein durchgängiger Bildungsweg eröffnet wurde. Dort hätten mehr Kinder höhere Schulabschlüsse erreicht und nur wenige die Schule ohne Abschluss verlassen.

Wie die Berücksichtigung von Sozialdaten zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen kann, illustrierte Nils Olaf Hansen, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Seit 1996 erhielten die Grundschulen in der Hansestadt 83 Prozent und die integrativen Stadtteilschulen ein Fünftel ihrer Zuweisungen auf der Grundlage von Sozialindizes, während Gymnasien kaum auf zusätzliche Mittel angewiesen seien, wie Hansen darlegte. Auch Klassengrößen, Personalausstattungen und Förderangebote richteten sich nach dem Sozialindex und könnten deshalb soziale Benachteiligungen ausgleichen, wie flankierende Tests und Erhebungen zeigten.

In der abschließenden Diskussion, an der auch unsere künftige Schuldezernentin Eva Bender teilnahm, wurde vor allem die Notwendigkeit unterstrichen, Sozialdaten zur Grundlage künftiger Schulentwicklungsplanung zu machen. Schon jetzt könne die Landeshauptstadt die Ressourcen, etwa für die Schulsozialarbeit, nach sozialen Indizes steuern, erläuterte Bender, und tue dies auch. Dabei sollten allerdings auch strukturelle Fragen, wie Einrichtungen von Jugend- und Sozialhilfe oder Kultur, berücksichtigt werden – ebenso die Dynamik der Entwicklungen in den verschiedenen Stadtteilen. Eine integrierte Schulentwicklungsplanung müsse, wie es unsere frühere Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn formulierte, die Schule als „Knoten im Stadtteil“ mitdenken – als Ort nicht nur der Bildung, sondern der Kultur, der Freizeitgestaltung und Begegnung. Das erfordere dann aber auch bauliche Veränderungen und veränderte Planungskriterien, wie eine Überprüfung des Standardraumprogramms für Schulen, so eine Forderung aus dem Plenum.

Deutlich wurde auch, dass für die künftige Schulentwicklung eine „gute Kooperation zwischen Stadt und Land unabdingbar“ sei, so Moderatorin Katja Irlé. Allerdings dürfe die Stadt „bei Antworten auf die bestehenden Herausforderungen nicht auf das Land warten“, erklärte die künftige Dezernentin Eva Bender: „Wir als Stadt sollten schon von uns aus loslaufen.“ Dies umso mehr, als „wir in Hannover dazu bereit und in der Lage sind“, pflichtete ihr unsere bildungspolitische Sprecherin Claudia Bax bei. Das gelte auch für die Frage nach den Schulformen, in der sich der Bildungskongress für ein zweisäuliges Modell aus Gesamtschulen und Gymnasien aussprach. Ein erster Schritt zu anderen Schülerströmen von der Grundschule an weiterführende Schulen könnte eine Veränderung der Verteilerkonferenzen sein.

Die Ergebnisse des Bildungskongresses sollten dahingehend vertieft werden, dass Antworten auf die Fragen gefunden werden müssten: Was braucht die Schule der Zukunft, und was brauchen Kinder für die Zukunft?, so Eva Bender. Dabei sei eine Diskussion nicht nur über Sozialräume, sondern *in* den jeweiligen Sozialräumen, also den Stadtteilen und Quartieren, notwendig. Wir als Bildungspartei werde diese Diskussionen führen, versprach abschließend Claudia Bax für unsere Fraktion.

Neuer Armutsbericht

Am vergangenen Montag wurde im Sozialausschuss das [Armutsmonitoring](#) 2023 für unsere Stadt vorgestellt. Darin wird die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote und der Transferleistungsquote für den Zeitraum von 2018 bis 2022 dargestellt, und zwar sowohl für die gesamte Stadt als auch aufgeschlüsselt nach Stadtteilen.

Zum Ende des vergangenen Jahres bezogen ca. 80.000 Einwohner*innen der Stadt Transferleistungen (Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und Sozialhilfe sowie Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz). Die Transferleistungsquote deckt sich nicht mit der Armutsgefährdungsquote, da einige Personengruppen, wie zum Beispiel Studierende oder Wohngeldempfangende, nicht in die Transferleistungsquote einberechnet werden. Im Berichtszeitraum lag die Armutsgefährdungsquote durchgängig bei ca. 20 Prozent. Dabei dürfte es eine hohe Dunkelziffer geben, weil beispielsweise das Schamgefühl der betroffenen Personengruppe Transferleistungen zu beantragen, Fehlinformationen und herkömmliche Überforderung nur geschätzt werden kann.



Armutsgefährdungs- und Transferleistungsquote in Hannover 2017 – 2022.

*Anm.: * Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der hannoverschen Bevölkerung in (für 2020 wurden unterhalb der Landesebene keine Ergebnisse veröffentlicht). – ** Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG, Anteil an Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt. © LHH.*

Die Armut innerhalb Hannover setzt sich aus verschiedenen Unterkategorien zusammen. Diese sind Familienarmut, Kinderarmut, „Working Poor“ und Altersarmut. In allen Kategorien ist im Berichtszeitraum eine Verbesserung der Situation zu beobachten, außer im Bereich Altersarmut. Dabei ist der Gender Gap zu beachten, welcher den Unterschied zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die Höhe der Rente widerspiegelt. In unserer Stadt erhalten Frauen im Durchschnitt 28 Prozent weniger Rente als Männer. Außerdem sind ausländische Staatsangehörige in allen Bereichen grundsätzlich stärker von Armut betroffen – ein Trend, der sich sogar noch verstärkt hat.

Grundsätzlich ist die Entwicklung eher positiv zu bewerten, dennoch bleibt bei dem Thema Armutsbekämpfung weiterhin viel zu tun. Dabei hat die Kommune leider nur einen begrenzten Handlungsspielraum. Die gewonnenen Erkenntnisse werden wir dennoch zur Grundlage unserer weiteren politischen Arbeit machen.

Kostenlose Ausweispapiere für Wohnungslose

Einen kleinen Beitrag zur Entlastung armer Menschen wollen wir damit leisten, dass die Stadt künftig auf Gebühren für die Ausstellung von Ausweispapieren von Wohnungslosen verzichtet. Gerade Wohnungslose können oft kleine Geldbeträge nicht aufbringen, verlieren aber aufgrund ihrer Lebensumstände häufig ihre Personalunterlagen. Diese benötigen sie aber, um etwa Sozialleistungen zu beantragen oder ein Konto einrichten zu lassen. Das aber ist notwendig, damit die Sozialleistungen überhaupt ausgezahlt werden können.

Der Verzicht auf Gebühren für die Ausstellung von Ausweisdokumenten trägt insofern ein wenig zur Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen in Hannover bei. Im Hamburger Bezirk Mitte wird seit drei Jahren auf die Gebührenerhebung verzichtet. Daran haben wir uns bei unserem [Antrag](#) orientiert, der am Montag im Sozialausschuss beschlossen worden ist.

40 Jahre Städtepartnerschaft mit Hiroshima



Vom 1. bis 4. November hat eine Delegation aus unserer Partnerstadt Hiroshima Hannover besucht, um einige Institutionen vor Ort zu besuchen und am Festakt zu 40 Jahren Städtepartnerschaft teilzunehmen. Zu einigen der Termine waren auch unsere Ratsmitglieder dabei, sodass der gute Austausch, der bereits im August in Hiroshima stattgefunden hatte, nun fortgesetzt werden konnte.

Unter den Besuchern aus der japanischen Stadt waren auch Bürgermeister Kazumi Matsui und

Hiroshimas Bürgermeister Kazumi Matsui nach der Ernennung zum offiziellen Botschafter der UNESCO City of Music Hanover (l.).



der Ratsvorsitzende Motani. Beide blickten in ihren Reden beim offiziellen Festakt im Neuen Rathaus in die gemeinsame Zukunft der beiden Städte und äußerten den Wunsch, noch intensiver zusammenzuarbeiten. Bürgermeister Matsui, der sich in seiner Freizeit unter anderem dem Gesang widmet und dieses Hobby zu verschiedenen Anlässen gern zur Schau stellt, wurde von der Landeshauptstadt zum offiziellen Botschafter der UNESCO City of Music Hanover ernannt.

Unsere kulturpolitische Sprecherin Belgin Zaman und unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich bei der Feierstunde zum 40-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft mit Hiroshima.

Für uns als SPD-Ratsfraktion hatten im Verlaufe des Besuchs viele Genossinnen und Genossen an den unterschiedlichen Veranstaltungen teilgenommen und so deutlich gemacht, dass uns diese Städtepartnerschaft sehr wichtig ist.

Hilfe für Blantyre

Im Frühjahr hatte der Zyklon „Freddy“ weite Teile Ostafrikas verwüstet und dabei auch tagelang in unserer Partnerstadt Blantyre gewütet. Dort fielen mehr als hundert Menschen dem Tropensturm zum Opfer.

Auf unseren [Antrag](#) hin hatte der Rat eine Soforthilfe beschlossen, um Maßnahmen zum Wiederaufbau der Infrastruktur, vor allem von Schulen, zu unterstützen. Auf der Grundlage einer Bedarfsliste aus unserer Partnerstadt haben wir im Internationalen und im Kulturausschuss nun die [Auszahlung](#) von 150.000 Euro für entsprechende, zielgenaue Wiederaufbaumaßnahmen beschlossen – ein starkes Zeichen dafür, dass wir den Menschen in unseren Partnerstädten in schweren Zeiten zur Seite stehen und wichtige Hilfe leisten.

Beirat für ein „dekolonisierendes Erinnerungskonzept Hannover“

Bereits Ende April wurde im Rat unser [Antrag](#) zur Einrichtung eines Beirats zum gesamtstädtischen, dekolonialisierenden Erinnerungskonzept beschlossen. Nun wurden die 13 Mitglieder des Beirats be-

nannt, darunter lokale Vertreter*innen, wie Tchadarou Abdoul (Generation Postmigration) oder die Professorin Brigitte Reinwald vom Centre for Atlantic and Global Studies der Leibniz Universität Hannover. Zu den überregionalen Expert*innen zählen Tahir Della, die bereits den Dekolonialisierungsprozess in Berlin begleitet hat, sowie Noa K. Ha, wissenschaftliche Leiterin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung.

Ebenso zum Beirat zählt Mable Preach, die sich seit vielen Jahren als Regisseurin und Kuratorin kritisch mit Rassismus und (Neo-)Kolonialismus auseinandersetzt und in ihrer Arbeit – wie jüngst im Stück „[Am. We Are](#)“ am Schauspielhaus Hannover – für Empowerment jenseits von Rassismus, Klasse und Gender einsetzt.

Das Erinnerungskonzept soll die gesamte Hannoversche Stadtgesellschaft in die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen des Kolonialismus einbinden. Dafür gilt es, das Thema in Wissenschaft, Bildung und Kultur fest zu etablieren und würdige Formen des Erinnerns und des stadtweiten Diskurses zu entwickeln.

Die [Einrichtung](#) des Beirates haben wir im Internationalen Ausschuss am Donnerstag vergangener Woche beschlossen, nachdem der Kulturausschuss ihr bereits Mitte Oktober zugestimmt hatte.

Verabschiedung von enercity-Chefin Zapreva

Vor acht Jahren hatte Susanna Zapreva den Vorstandsvorsitz unserer Stadtwerke, der [enercity AG](#), übernommen. Das Unternehmen, das zu den zehn größten Energieversorgern in Deutschland zählt, befand sich damals in einer schwierigen Lage und schien den Herausforderungen einer Energiewende kaum gewachsen – auch wenn diese Herausforderung schon damals sichtbar war.

Unter Zapreva wurde enercity innerhalb kurzer Zeit zu einem Vorreiter bei der Energie- und Wärmewende, wie unser Vorsitzender Lars Kelich, bei der Verabschiedung der Unternehmenschefin durch unsere Fraktion unterstrich. So ist enercity zum größten deutschen Windkraftbetreiber an Land geworden.

Kelich dankte Zapreva dafür und lobte ihr Engagement in der Auseinandersetzung mit der Initiative „Hannover erneuerbar“. Diese führte vor zwei Jahren zu der [Vereinbarung](#), dass die Stadtwerke die Energie- und Wärmewende beschleunigen und den Ausstieg aus der Kohleverstromung in Stöcken um mehrere Jahre auf 2026 vorziehen soll.

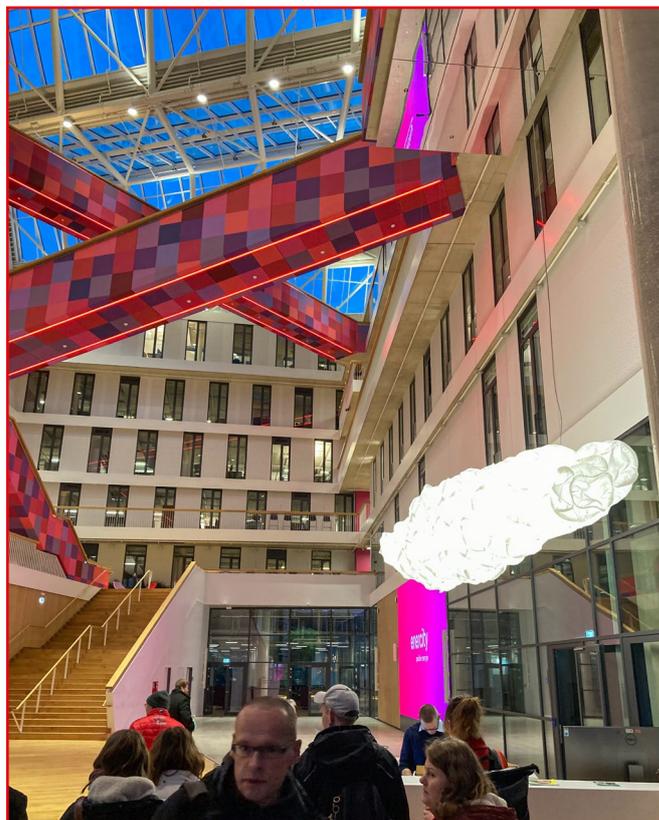


Verabschiedung von Susanna Zapreva als enercity-Vorstandsvorsitzende durch unseren Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich.

Blick ins Treppenhaus der neuen enercity-Zentrale, Norddeutschlands größtem Passivhaus.

Zapreva zeigte sich sehr bewegt und dankte für die Rückendeckung durch unsere Fraktion in diesen Auseinandersetzungen. Sie meinte, dass sie mit den Stadtwerken einiges bewegt habe (eine freundliche Untertreibung), wir alle „aber noch einen Berg vor uns“ hätten. Der Weg müsse noch schneller weg von den fossilen Energieträgern, vor allem aber zu einer Senkung des Energieverbrauches führen.

Einen sichtbaren Ausdruck des neuen Unternehmensweges stellt die neue Zentrale von enercity dar, die Ende August bezogen worden ist: das größte Passivhaus Norddeutschlands in der Calenberger Neustadt, in dem unsere Fraktion am 14. November zu Gast war.



Baubeginn für das Schmetterlingshaus

Mit dem symbolischen Spatenstich hat am 13. November der Bau des neuen Schauhauses im Berggarten begonnen. Der Neubau, der eine Grundfläche von 1.300 Quadratmetern haben wird und in eine Höhe von neun Metern wachsen soll, wird Ausstellungen mit tropischen Pflanzen der Karibik und mit Pflanzen des Berggartens beherbergen sowie ein Schauhaus mit einer Riesenseerose aufnehmen. In diesem Gebäudeteil sollen im Winter exotische Schmetterlinge zu sehen, was dem Bau schon jetzt den Namen „Schmetterlingshaus“ eingebracht hat.

Das alte Schauhaus war baufällig, weshalb vor acht Jahren der umfangreich erweiterte [Neubau](#) beschlossen worden war. Die [Mittel](#) hierfür in Höhe von 13 Millionen Euro hatte der Rat vor zwei Jahren freigegeben. Das neue Schauhaus wird eine wichtige Attraktion im Ensemble der [Herrenhäuser Gärten](#) darstellen und nach seiner Eröffnung in zwei Jahren noch mehr Gäste nach Hannover locken.



Unsere Mitglieder im Kulturausschuss Dietmar Althof (beratendes Mitglied), Bala Ramani und Belgin Zaman (Sprecherin) mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wilfried Engelke (v.r.) vor der Tafel für das neue Schauhaus im Berggarten.

Leitlinien für sozialdemokratische Kommunalpolitik

Im Rahmen des Stadtentwicklungsdialoges „[Mein Hannover 2030](#)“ hatte unsere Fraktion vor acht Jahren ein kommunalpolitisches [Leitbild](#) entwickelt, das unter der Überschrift „Eine Stadt für alle!“ die Grundlinien unseres politischen Handelns für unsere Stadt abbildet.

Auf unserer Fraktionsklausur im Frühjahr war deutlich geworden, dass die meisten dieser Leitplanken zwar Bestand haben, wir uns aber inzwischen auch neuen oder veränderten Herausforderungen stellen müssen. Diese neuen Leitlinien waren nun Gegenstand einer vertieften Auseinandersetzung, die im Mittelpunkt unserer Fraktionsklausur am vergangenen Dienstag standen. Dabei wurden Schwerpunkte gesetzt und bereits erste Formulierungen gefunden.

Die Arbeit daran wird in neue Leitlinien münden, die unsere Fraktion gemeinsam mit dem Stadtverbandsvorstand Mitte Dezember beraten wird. Sie werden einen der Schwerpunkte des Stadtverbandsparteitages bilden, der Mitte Januar stattfinden wird.



Die Teilnehmenden der Klausur über kommunalpolitische Leitlinien am 21. November.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

